

Lafontaine ruft zu Gewalt und Verbrechen auf



Kurz nachdem die Funktionsträger der Kommunisten sich noch unisono über die [Beobachtung ihrer 53 Bundestagsabgeordneten durch das Bundesamt für Verfassungsschutz \(BfV\)](#) fürchterlich echauffiert haben, ruft der Partei- und Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Oskar Lafontaine (66, Foto), die Bevölkerung jetzt öffentlich zu radikalen Protesten gegen umstrittene Vorhaben der Regierung – und somit zu sozialen Unruhen – auf.

Die [Bild](#) berichtet:

Mitten in der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise ruft Linken-Chef Oskar Lafontaine (66) zu sozialen Unruhen auf, plädiert für deutlich schärfere Protestformen gegen umstrittene Vorhaben der Regierung. Er wünsche sich, dass auch in Deutschland Autobahnen und Eisenbahnstrecken blockiert würden, wenn Gesetze verabschiedet würden, gegen die eine große Mehrheit der Bevölkerung sei, sagte Lafontaine dem „Hamburger Abendblatt“. (...) „Wenn Maßnahmen wie Hartz IV oder die Rente mit 67 verabschiedet werden und die große Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist, dann kann sie den Verkehr oder die Produktion lahm legen“, so Lafontaine.

Sicherlich nur „Wahlkampfgetöse“...



Die meisten „Helden“ sagen „Pfui“ – vielleicht



In Deutschland wird es immer seltener, dass Menschen Zivilcourage zeigen, nicht zuletzt deswegen, weil echte Helden, wie [Peter Meding](#) oder der in München getötete [Dominik Brunner](#), immer öfter zu Opfern werden. Dennoch behaupten in Köln auf der Straße Befragte, sonst würde zwar niemand helfen, aber sie – ja, sie würden schon – vor allem, wenn es „sicher wäre“, sie sich weit weg von der Gefahr befinden und Hilfe holen könnten... vielleicht.

Das Video mit den Aussagen der Heldenmütigen sehen Sie hier:

Oder mit den [Worten Gerhard Polts](#):

„Also wenn sich ein Kampfhunderudel mit einen Menschen beschäftigt, i misch' mi do ned ein. Vielleicht, wenn i in einem Sicherheitsabstand von 500 Metern bin, mit einem Fluchtweg, dann würd' i vielleicht sogn „PFUI“. Vielleicht.“

Opfer von Zivilcourage droht Gefängnis



Er schaute nicht weg, tat das, was gut beschützte Politiker [gerne fordern](#): Peter Meding (Foto) schritt ein, als Kinder von jugendlichen Schlägern belästigt wurden und wurde dafür in die Arbeitsunfähigkeit geprügelt. Nun soll er wegen einer Lappalie ins Gefängnis. Die Schläger erhielten Bewährung. Allein gelassen von einem Staat, der sich nur um die Täter kümmert, steht Meding heute, mit 50 Jahren, vor einem Scherbenhaufen.

Der [Münchner Merkur](#) berichtet:

Brutal hatten der damals 22-jährige Jürgen F. und sein Kumpel Daniel H. (18) Peter Meding im Februar 2008 verprügelt. Aus Rache, weil Meding sich einmischte, als sie eine Gruppe von Kindern provozierten. Meding leidet noch heute unter den Folgen des Übergriffs, kann seinen Beruf als Veranstaltungstechniker aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben und hat einen hohen Schuldenberg aufgehäuft, unter anderem weil die Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung (Arge) ihm das Arbeitslosengeld gestrichen hat.

Die Täter wurden nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Zwar ging die Staatsanwaltschaft in Berufung, bislang hat

sich dahingehend aber noch nichts getan. Auch Medings Schmerzensgeldklage über 160 000 Euro ist noch offen.

Das Opfer selbst soll jetzt aber den Gang ins Gefängnis antreten: Weil er einen Bußgeldbescheid über 1500 Euro nicht bezahlen kann, droht ihm eine 60-tägige Haftstrafe. Der Grund: Meding war vor einem Jahr mit einem nicht zugelassenen Traktor in der Gegend von Paderborn gefahren. Den Bußgeldbescheid konnte er aufgrund seiner Schuldsituation nicht begleichen, im Januar fand daraufhin eine Gerichtsverhandlung statt. Weil er noch immer kein Geld hat, flatterte jetzt der Bescheid des Amtsgerichts Paderborn ins Haus, er müsse nun eben für 60 Tage ins Gefängnis in Landsberg am Lech. Doch damit noch nicht genug: Die Arge drohte dem 50-Jährigen, ihm zum Monatsende seine Wohnung in Traubing (Landkreis Starnberg) aufzukündigen.

Wen interessieren die Opfer? Dieser Staat hat nur Geld für die Täter! Die wertvollen Mitglieder der Gesellschaft sind nur als Geldgeber interessant. Wenn sie das nicht mehr leisten, sagt der Staat „danke“ mit einem herzhaften Tritt in den Hintern.

Auf Nachfrage unserer Zeitung erklärte der Leiter der Staatskanzlei, Siegfried Schneider (CSU), gestern, sich den Fall Peter Meding genau anzuschauen und zu prüfen, inwieweit hier ein Zusammenhang zwischen der Tat und dem späteren persönlichen Schicksal besteht. Schneider erklärte aber, dass niemand, der einen Dienst für die Gesellschaft geleistet habe, durch dabei entstandene Schäden benachteiligt werden dürfe. „Wir sollten gerade Menschen, die durch ihren Mut ein Zeichen setzen, dann, wenn sie Schwierigkeiten haben, auch unterstützen.“

Schneider stellte auch gleich eine Überlegung an, wie solchen Menschen zu helfen sein könnte. „Wir sollten durchaus überlegen, ob wir nicht eine Art Fonds zur Verfügung stellen“, sagte der CSU-Politiker.

Wollen wir hoffen, dass den Worten auch Taten folgen.

(Spürnase: BePe)

Schwere Krawalle in Brüssel



[Den schleimigen Kriecherkurs](#) gegenüber dem Islam (unter anderem durfte es [kein Gedenken für die Opfer des 11. September](#) geben), den Brüssels OB Thielemans seit Jahren fährt, dankten ihm die Einwanderer des Brüsseler Bezirks [Molenbeek](#) auf ihre ganz besondere Art: Sie zerlegten kurzerhand Bezirk und Polizisten, nachdem diese einen 14-Jährigen festgenommen hatten.

Ungefähr 60 Familienmitglieder äußerten [spontan ihre Empörung](#) über die Festnahme, zu deren Eindämmung Wasserwerfer, ein Helikopter und rund 150 Polizisten nötig waren.

Die Krawalle in dem Einwandererviertel Molenbeek begannen bereits in der Nacht zum Freitag. Auslöser war den Angaben zufolge ein 14-Jähriger, der einen Polizisten bei einer Routinekontrolle ins Gesicht geschlagen haben soll. Der Junge wurde daraufhin auf die Wache gebracht, wo sich rund 60 Familienangehörige und Nachbarn einfanden, Polizisten beschimpften und mit Gegenständen warfen.

43 Personen wurden festgenommen, lediglich gegen drei wird Anklage erhoben. Was *focus* diskret verschweigt, ist wohl auch unwichtig, sind [neun verletzte Polizisten](#).

In den letzten Monaten sind in den sozialschwachen und mit einem hohen Ausländeranteil bevölkerten Stadtteilen von Anderlecht und Molenbeek regelmäßig Krawalle.

Polizeiautos gelten in bestimmten Stadtvierteln als Provokation und die Polizisten werden von den Jugendlichen beschimpft und bekugelt.

„Wenn man dann zurückkehrt, fragt der Chef oft, ob man denn wirklich in diesem Viertel sein wollte und warum man da war ... Deswegen verstehe ich auch, warum viele Polizisten diese Stadtviertel vermeiden“, sagt Philip Van Hamme der Polizeigewerkschaft NSPV. Aus diesem Grund sind zu wenig Patrouillen im Einsatz.

Mit der Friedensreligion haben diese bürgerkriegsähnlichen Zustände natürlich nichts zu tun.

(Spürnasen: Jürgen P., R. M. und Ivan)



Die Linke – „Bündnispartnerin“ der Hamas



Die [Bundestagswahl-Kandidatin Nicole Gohlke](#) (Foto) von den Linken aus München bezeichnet die ausgewiesene Terrororganisation Hamas in einer langen Antwort auf eine Wählerfrage wörtlich „als Bündnispartner“. Gleichzeitig fordert sie einen Waffenboykott gegen das böse, an allen Konflikten allein-schuldige Israel. Wie Sie sicher schon vermuten: Die Hamas gehört für die Linke zu den „Guten“.

Frage an Frau Gohlke:

Was sagen Sie zur Hamas, ihren Raketenangriffen bis zum Ende des Jahres 2008, und zum Existenzrecht Israels. Ist Hamas für Sie eine Terrororganisation? Sollten deren Untergruppierungen in der BRD mit allen gesetzlichen Mittel daran gehindert werden Propaganda und Terrorfinancing für den Dschihad zu machen? Da Sie oft und gerne einen reinen Sozialismus beschwören und Rudi Dutschke für sich bemühen, haben wir stalinistisches Blockdenken in der sogenannten Plästinafrage von der Linken zu erwarten, die altbekannte volle DDR-„Solidarität“ für palästinensischen (und wie wir heute wissen auch deutschen) Terrorismus? Wie stehen Sie zur iranischen Opposition, jener die es nur auf der Straße geben darf, hat nach Ihrer Ansicht Achmadinedschad ein bisschen recht? Kurzum die Gretchenfrage: Wie halten Sie es mit der Demokratie angesichts eines aufmarschierenden Islamofaschismus?

(Vernommen habe ich schon, dass die PDS sich einmal sogar schriftlich beim DDR-Volk „entschuldigt habe“, wie Sie zu meinen sich rühmen. Und kein Misverständnis Ihrerseits, Lafontaine halte ich für einen der wenigen honorablen Polit-Akteure im deutschen Lügensumpf und Dutschke für so eine Art Propheten einer direkten Demokratie)

Antwort von Nicole Gohlke:

Sehr geehrter Herr xxx,

ich habe länger überlegt, ob und wie ich auf Ihre Frage antworte. Denn der Ton, in dem Sie Ihre Anfrage stellen, macht mir eine Beantwortung ziemlich schwer – sie ist gespickt mit Vorwürfen und Unterstellungen und macht insgesamt den Eindruck, als seien Sie mehr an einem Forum, um diese Vorwürfe abladen zu können interessiert, als an einer ehrlichen politischen Auseinandersetzung mit mir.

Aus Ihrer „Anfrage“ lassen sich für mich letztlich folgende Fragen herausfiltern:

- Ist „Islamofaschismus“ die „Gretchenfrage“, die es derzeit zuallererst zu beantworten gilt?*
- Wie kann die Oppositionsbewegung im Iran unterstützt werden?*
- Was positioniere ich mich im Nahostkonflikt?*

Ich versuche die Fragen in dieser Reihenfolge zu beantworten.

Ich lehne den Begriff des „Islamofaschismus“ ab.

Erstens beinhaltet er eine unhistorische Relativierung des deutschen und europäischen Faschismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zweitens wird er von der politischen Rechten als Kampfbegriff gegen muslimische Minderheiten in Europa genutzt, die spätestens seit dem 11. September 2001 zum Sündenbock gemacht werden für eine Politik des Krieges und der Besatzung im Nahen und Mittleren Osten.

Die „Gretchenfrage“ der Demokratie ist meiner Ansicht nach auch nicht jener „Islamofaschismus“ von dem Sie reden, sondern die Ungleichverteilung des Reichtums und damit verbunden die Ungleichverteilung der gesellschaftlichen Teilhabe. Demokratie braucht zuallererst die Möglichkeit für jeden einzelnen, am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzuhaben -unabhängig von seiner Herkunft und religiöser Überzeugung.

Zur Wahlfälschung von Ahmadinedschad und der folgenden Demokratiebewegung im Iran, wurde bereits am 20.6. eine Resolution des Bundesparteitags der LINKEN unter dem Titel „Solidarität mit den Menschen in Iran“ beschlossen:

„Die Partei DIE LINKE solidarisiert sich mit den Protesten der Menschen im Iran gegen den vermuteten Wahlbetrug und unterstützt die iranische Demokratiebewegung, die seit Jahren gegen die herrschende Politik im Iran kämpft.“ (online unter die-linke.de)

Gleichzeitig darf aus unserer Sicht aber die iranische Demokratiebewegung nicht durch eine militärische Aggression des Westens gegen den Iran behindert werden. Bomben bringen niemals Demokratie, sondern Tod, Leid und Verzweiflung und damit den Nährboden für weitere Gewalt und Diktatur. Dass in der Presse aus dieser Ablehnung der Bombardierungen eine Zustimmung zu Ahmadinedschad konstruiert wird, bleibt Propaganda gegen DIE LINKE.

Im Rahmen dieser kurzen Antwort möchte ich zur Frage des Israel-Palästina Konflikts nur ein paar aus meiner Sicht zentrale Argumente vorbringen.

Zunächst glaube ich nicht, dass in Deutschland das „Nahost-Problem“ gelöst werden kann, aber ich denke, dass eine weitere Anfeuerung des Konfliktes unterbunden werden muss. Dazu zählt als allererstes, dass Waffenexporte nach Israel endlich gestoppt werden müssen. Nur durch einen Waffen- und

Rüstungsboykott in Konfliktregionen können Krieg und Terror zumindest erschwert werden. Als zweites sollte sich linke Außenpolitik nicht in erster Linie an militärischen, sondern an zivilgesellschaftlichen Vertretern in der Region orientieren, die schon längst bewiesen haben und jeden Tag aufs neue beweisen, dass Juden und Muslime gemeinsam gegen ein politisches Regime der Besatzung und des Krieges aktiv werden. Drittens: Die Hamas ist historisch nicht Ursache, sondern Folge von Besatzung, Eroberung, Landraub und jahrzehntelanger Drangsalierung. Man kann sie nicht für einen über 60 Jahre alten Konflikt verantwortlich machen, wenn sie erst seit gerade mal 20 Jahren existiert. Das macht sie sicherlich noch lange nicht zu unserem ersten Bündnispartner. Dennoch wird es nötig sein, und das ist mein viertes Argument, dass die Hamas als gewählte Volksvertretung in Gaza und als einflussreiche Kraft in der palästinensischen Bevölkerung mit an den Verhandlungstisch kommt, wenn es um die Zukunft einer gerechteren und friedlicheren Gesellschaft im Nahen Osten geht.

Nicole Gohlke

» Kontakt: nicole.gohlke@die-linke-bayern.de

(Spürnase: Pamela FFM)

Ninja-Alarm in Birmingham



Ich hätte nicht gedacht, dass die Integrationsverweigerung vieler der in London lebenden Moslems (siehe [hier](#) und [hier](#)) andernorts in England noch getoppt werden würde – doch während eines Tagesausfluges nach Birmingham sollte ich eines Besseren belehrt werden. Um die PI-Leser an meinen Eindrücken teilhaben zu lassen, habe ich nachfolgend einige Bilder zusammengestellt.

Man sollte allerdings die Verschleierung muslimischer Frauen nicht nur verurteilen, sondern auch die positiven Aspekte berücksichtigen. Schließlich verhelfen die Niqab- und Burkaträgerinnen zum Wirtschaftsaufschwung, [zumindest im Gesundheitssektor](#):

Als (...) Problem haben neue Studien sowohl in England als auch in Irland festgestellt, dass verhüllte Frauen (und die von ihnen gestillten Kinder) dazu neigen, aus Vitamin D-Mangel an Rachitis zu erkranken; Vitamin D wird von der Haut aus Sonnenlicht absorbiert.

(Gastbeitrag von Ziegen-Peter)

CDU-Hamburg wünscht frohes Zuckerfest



Vor einem Jahr war PI-Leser Sebastian A. [zu Gast bei Frank Schira](#), dem Fraktionsvorsitzenden der CDU Hamburg (Foto l. mit Kanzlerin Merkel). Besagter Herr Schira macht sich jetzt erneut zum Dhimmi und gibt in einer [Pressemitteilung auf der Homepage der CDU Hamburg](#) folgendes von sich:

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wünscht allen Muslimen ein frohes Zuckerfest

Zum Ende des Fastenmonats Ramadan wünschen CDU-Fraktionsvorsitzender Frank Schira sowie die Bürgerschaftsabgeordneten Aygül Özkan und Bettina Machaczek allen Bürgerinnen und Bürgern muslimischen Glaubens in Hamburg ein frohes Zuckerfest.

Das in der Türkei als Zuckerfest und in anderen islamischen Ländern als Fetr-Fest begangene Ende des Fastenmonats Ramadan hat für die Mehrheit der gläubigen Muslime eine große Bedeutung. Dazu Aygül Özkan: „Das Ende des Fastenmonats hat für die Muslime auch eine spirituelle Bedeutung. Es bedeutet ein Neuanfang im Leben der Gläubigen. Das Zuckerfest soll dazu dienen, Freundschaften zu bekräftigen und Feindschaften

zu begraben“.

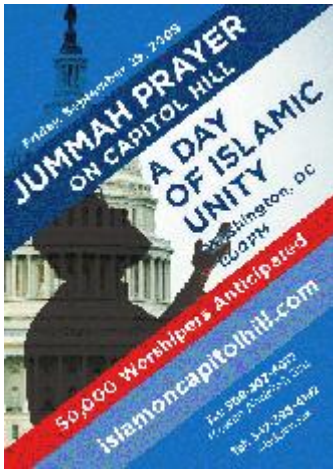
Die CDU-Abgeordneten danken allen muslimischen Gemeinden und Verbänden für die Einladungen zu den traditionellen Iftar-Essen (Fastenbrechen), an denen alle Gesellschaftsschichten zusammenkamen und die Abgeordneten der CDU-Fraktion gerne teilgenommen haben. Dazu Frank Schira: „Solche Momente sind auch eine wunderbare Gelegenheit, uns Zeit füreinander zu nehmen, einander zuzuhören und uns besser kennen zu lernen. Denn allzu oft reden wir doch mehr übereinander, als miteinander“.

Schira, Özkan und Machaczek hoffen, dass alle muslimischen Prediger diesen Festtag zum Anlass nehmen, für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft zu werben. „Nur mit Dialog und Austausch kann die Kluft zwischen den Religionen und Kulturen überwunden werden.“

Denn wir wissen ja: Islam ist Friede. In diesem Sinne: Allah u Akbar!

» rathaus@cdu-hamburg.de

„Das Weiße Haus wird zum Haus des Islam“



US-Präsident Barack Hussein Obama hatte mit seiner Verbeugung vor dem Islam anlässlich seiner Rede in Kairo bereits Zeichen gesetzt. Das christliche Amerika beobachtet mit Sorge seine weitere Hinwendung zum Islam. So schaffte Obama die Praxis des National Day of Prayer im Weißen Haus ab. Sein Vorgänger, George Bush Jr., hatte in den acht Jahren seiner Präsidentschaft christliche und jüdische Vertreter ins Weiße Haus eingeladen. [Mehr...](#)

EKD fordert Bleiberecht für alle



Die evangelische Kirche Deutschlands (EKD) möchte zur bundesweiten [Interkulturellen Woche](#) der ausländischen Mitbürger 2009, die gestern in München eröffnet wurde, gern die volle Bereicherung im Land behalten. Nicht nur

fest ansässige Migranten und anerkannte Flüchtlinge sollen bleiben dürfen, sondern auch [alle „langjährig Geduldeten“](#) (noch nicht Ausgewiesenen).

Zusätzlich möchte man möglichst viele „besonders Schutzbedürftige“ großzügig aufnehmen. Deutschkenntnisse sind nicht erforderlich.

„Kirchengemeinden, Beratungsstellen und Initiativen stehen oft vor schwierigsten Fällen, in denen Ehepaare monate- oder gar jahrelang getrennt werden“, hieß es weiter. Grund sei, dass im Herkunftsland des Partners der zwingend und ausnahmslos vorgeschriebene Nachweis von Deutschkenntnissen kaum erbracht werden könne. Die Kirchen plädieren dafür, den Nachweis von Sprachkenntnissen auch nach der Einreise zu ermöglichen.

Als Hauptredner an der Eröffnungsveranstaltung hat man im übrigen Navid Kermani, der das christliche [Kreuz beleidigt hatte](#), auftreten lassen. Wie wenig Selbstachtung kann man noch haben?

Kontakt:

» Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche / Woche der ausländischen Mitbürger

Postfach 16 06 46

60069 Frankfurt am Main

Ruf 069 / 23 06 05

Fax 069 / 23 06 50

info@interkulturellewoche.de

» info@ekd.de

(Spürnase: Zallaqa)

Al Kaida: Wahldschihad für Lafontaine



Wenn in diesen Tagen, erstmals seit dem deutschen Herbst 1977, wieder [Polizisten in Schutzwesten und mit Maschinenpistolen](#) an deutschen Flughäfen und Bahnhöfen stehen, liegt das an einer aktuellen Videobotschaft von Moslemverbrechern, die dem deutschen Volk mit mörderischen Anschlägen drohen, wenn es nicht bei der Bundestagswahl die Partei an die Macht wählt, die unsere Soldaten aus Afghanistan abziehen wollen. Bekanntlich fordert dies die SED. Naja – NPD könnte auch noch gehen.

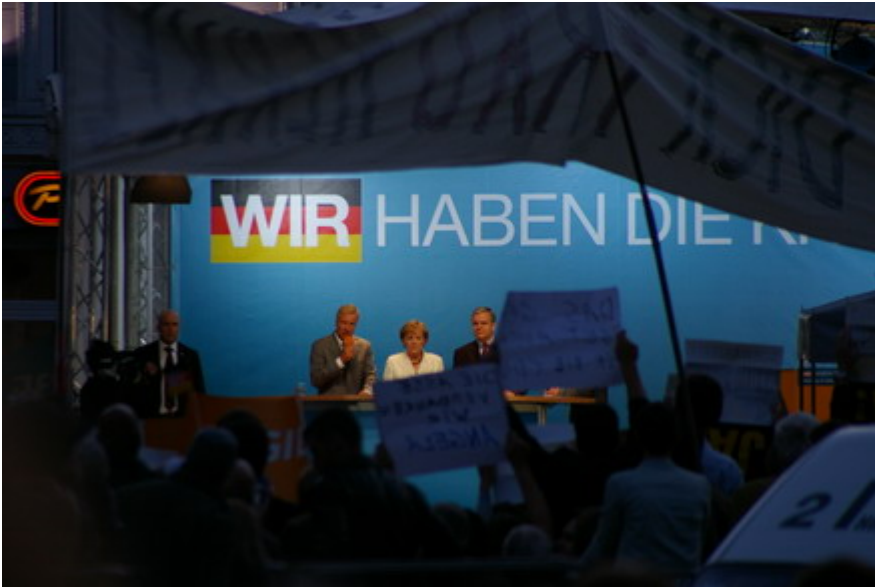
Das 25-minütige Video, das nach einigen Formatumwandlungen etwas asynchron läuft, wird von dem „Deutsch-Marokkaner“ Bekkay Harrach aus Bonn gesprochen und mit gesungenen Koransuren unterbrochen. Bekkay Harrach ist der erste Deutsche, der es in die Führungsriege der mohammedanischen Terrororganisation Al Kaida geschafft hat. Geholfen hat dabei die Nachsicht deutscher Behörden, wie er ausdrücklich zu Anfang seiner Rede betont. Der Spitzbube im billigen Anzug, den vermutlich das Bonner Sozialamt zur Beschneidungsfeier seiner kleinen Schwester spendiert hat, bedankt sich bei den Deutschen, dass sie seiner Karriere nicht hinderlich waren. Auch deshalb erhalten wir, ganz im Sinne des Koran, eine letzte Chance zur Unterwerfung, bevor uns das vernichtende Strafgericht des Muslime bei Widerborstigkeit trifft.

Sollten wir anders wählen, als es die Unterwerfung verlangt, wird es in den zwei Wochen nach der Wahl zu Terroranschlägen kommen. Muslime in Deutschland sollen sich in dieser Zeit aus

der Öffentlichkeit fernhalten. Sollte Deutschland sich wider Erwarten auch nach dem Massenmord nicht unterwerfen, erhalten die hier lebenden Mohammedaner Anweisungen, wie sie im Dschihad gegen Deutschland selbst aktiv werden können.

PI zeigt im Gegensatz zu unseren Qualitätsmedien das 25-minütige Drohvideo in voller Länge, da es hervorragend geeignet ist, die islamischen Vorstellungen von Barmherzigkeit und Frieden in direktem Zusammenhang mit den Originalquellen im Koran zu beleuchten. An der Echtheit des Videos gibt es auch unter diesem „theologischen“ Aspekt keinen Zweifel. Vor dem Mord hat immer die Einladung zum Islam zu stehen. Wird diese zurückgewiesen, dann „herunter mit dem Haupt“, wie der Friedensprophet Mohammed es so schön sagt. Dies, so Harrach, sei die auch im Westen immer so gelobte Toleranz des Islam. Wo er recht hat, hat er recht.

**PI - Hamburg bei der
Bundeskanzlerin**



Am Freitag, den 18.09., trat Angela Merkel auf dem Hamburger Gänsemarkt zum Wahlkampf der CDU auf. Auch die Mitstreiter von PI-Hamburg erwiesen der Bundeskanzlerin die Ehre – indem sie auf die Islamisierung Deutschlands und Europas aufmerksam machten. Und bevor „Uns’ Angie“ einen potentiellen CDU-Wähler nach dem andern vergraulte, zeigten die PI-Streiter, auf welche Themen es wirklich ankommt.

Die Islamisierung schreitet voran. Doch wie macht man die Leute darauf aufmerksam? Wir entschieden uns, Flyer zu verteilen. Das verschaffte nicht nur einer Druckerei Lohn und Brot, sondern ermöglichte es auch den Merkel-Fans, zumindest eine gute Sache mit nach Hause zu nehmen.



Wir wählten zwei Themen. Erstens den Namen Mohammed. Dieser führt – in verschiedenen Varianten und Schreibweisen – die Liste der beliebtesten Vornamen für Jungen an. Und zwar in zahlreichen europäischen Großstädten, darunter Brüssel, Mailand, London und Oslo. Dies mag als Zeichen

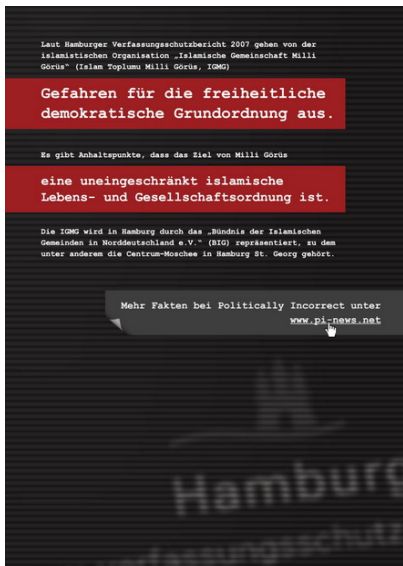
unserer weltoffenen Zeiten gelten, und sicherlich bringen Namen wie Mustafa, Aisha und Attila orientalische Farbenpracht in unseren grauen Alltag. Doch darf man sich Gedanken darüber machen, welche Spielregeln in Europa gelten werden, falls sich in 10 bis zwanzig Jahren Mustafa, Aisha und Attila in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlen sollten.

Beim zweiten Flyer wählten wir das Thema Centrum-Moschee. Dieses Gotteshaus für fromme Gläubige steht im Bereich der Innenstadt, genauer: im traditionell für seine Toleranz gegenüber Minderheiten bekannten Viertel St. Georg, nur einen Muezzinruf vom Hauptbahnhof entfernt. Die Moschee wirkt auf Lokalpolitiker so anziehend wie ein Galadinner. Gäbe es da nur nicht das Problem, dass die Centrum-Moschee vom Verfassungsschutz überwacht wird. Weshalb also Hamburgs Oberbürgermeister Ole von Beust und die evangelische Bischöfin Maria Jepsen die Schwellen dieses multikulturellen Heiligtums überschritten, bleibt ihr Geheimnis.

Beide Themen mussten zu Flyern mit Blickfangpotential aufgearbeitet werden. Beim Namen Mohammed wählten wir die Idee einer Art Reisebroschüre, die auf der ersten Seite zum Schmökern einlädt. Auf der zweiten Seite erfährt man dann mehr über den kulturellen Schatz europäischer Großstädte.



Beim Flyer zur Centrum-Moschee wählten wir die neue Verschönerung der Minarette als Aufhänger. Gleich wie kunterbunt man die Centrum-Moschee auch anpinselt, am Inhalt ändert sich nichts.



Optisch wurden beide Flyer von einem professionellen Grafiker zu kleinen Meisterwerken veredelt. Ihm gilt an dieser Stelle unser herzlicher Dank. Dann wanderten die Entwürfe in die Druckerei. Beide Flyer zusammen wurden in einer Auflage von 2.500 Stück à DIN A5 gedruckt – es kostete nur gut 80 Euro und war innerhalb weniger Tage fertig. Bereit zum Verteilen!

Das übernahmen engagierte PI-Leser, denn obwohl erst vor drei Monaten gegründet, zählt PI-Hamburg heute rund 40 Mitstreiter, die sich in regelmäßigen, monatlichen Treffen zusammenfinden. Wir bilden einen gesunden Querschnitt skeptischer Bürger, die der von oben aufgestülpten Doktrin des Sozialismus – sei er rot, braun oder grün – die Freiheit und das kritische Denken entgegensetzen. Dabei finden sich (ehemalige) CDU-, FDP, SPD- und Grüne-Wähler ein, Deutsche und Europäer, junge Menschen und rüstige Rentner, Christen, Juden und Atheisten, Männlein und Weiblein.





Es ist wichtig, aufzustehen und Gesicht zu zeigen. Als Vorbild dienen uns keine blutrünstigen Seeräuber, sondern ein Kind. Ein Kind in einem Märchen. Als es sieht, wie der Kaiser im Adamskostüm über die Allee stolziert, ruft es ganz erstaunt aus, daß der Kaiser nackt ist. Und die Menschen beginnen zu lachen, denn die unnatürliche Anspannung, politisch korrekt das Absurde zu dulden, politisch korrekt das Offensichtliche nicht auszusprechen, ist ihnen wie ein Stein von der Brust gefallen. Die Menschen lachen den Kaiser aus, der sich in den Boden schämt für seine Torheit und sich gedemütigt trollt.

Wir sind keine Helden. Wir sprechen Missstände an. Das ist unser demokratisches Grundrecht. Und das Offensichtliche auszusprechen, wirkt Wunder.

(Gastbeitrag von PI-Hamburg)

Wer in einer PI-Gruppe vor Ort mitmachen möchte oder in seiner Stadt eine neue PI-Gruppe gründen und hierfür Tipps einholen möchte, der ist herzlich willkommen, mit der PI-Redaktion oder den jeweiligen [PI-Gruppen](#) Kontakt aufzunehmen.

» PI-Redaktion: pi-team@blue-wonder.org